

Die steirischen Gemeinderatswahlen wurden aufgrund der Corona-Pandemie auf Ende Juni verschoben. Doch wie führt man einen Kommunalwahlkampf in einer globalen Krise? Ein Lokalausgangsschein.

Von Tobias Kurakin

Langsam erwacht die 8000-Einwohner-Stadt Kindberg in der Steiermark aus der Corona-Pause. Die langgezogene Hauptstraße, an der sich viele Geschäfte angesiedelt haben, durchzog in den ersten Wochen der Pandemie das Flair einer Geisterstadt. Nun haben die Geschäfte und Restaurants wieder offen, und in wenigen Wochen sollen hier auch Wahlen abgehalten werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Gemeinderatswahlen in der Steiermark von Mitte März auf Ende Juni verschoben.

„Zu Beginn der Pandemie waren alle in Schockstarre, und parteipolitische Interessen sind sofort in den Hintergrund gerückt“, sagt Kindbergs Bürgermeister Christian Sander. In den Kaffeehäusern der neu sanierten Durchzugsstraße, wo sich auch das Rathaus befindet, wird nun wieder politisiert.

„Heuer geht sich's für den Sander nicht mehr aus“, sieht der 52-jährige Florian einen Wechsel in der Kommunalregierung seiner Heimat kommen. Über Jahre hinweg war Kindberg tiefrot. Das ortsansässige Stahlwerk der Voest hatte der SPÖ seit 1945 stets die absolute Mehrheit zugesichert. Doch die Zustimmung schwand in den letzten Jahren kontinuierlich. Jubelte die Sozialdemokratie 2005 noch über 71 Prozent in Kindberg, waren es beim letzten Urnengang 2015 nur mehr 48 Prozent und die Zusage der Mandatsmehrheit durch eine Handvoll Stimmen.

Social Media und Wählernähe

Die steirische Politikwissenschaftlerin Hedwig Unger sieht regierende Parteien jedoch bei der kommenden Wahl favorisiert. „In Zeiten der Krise wollen Bürger hauptsächlich Sicherheit und vertrauen tendenziell auf Kontinuität und Altbewährtes“, sagt Unger. Sander will den Trend nutzen, sein klares Wahlziel ist, die absolute Mehrheit zu sichern und auszubauen. Über die Social-Media-Kanäle Facebook, Instagram und sogar TikTok versuchte der Bürgermeister stets in Kontakt mit der Bevölkerung zu bleiben. Auf der Homepage der Gemeinde startete Sander Videos, in denen er die Bürger und Bürgerinnen stets über die neuesten Verordnungen informierte.

„In der Hochphase der Pandemie war das eine Herausforderung. Ich hing ständig nur am Telefon und musste mit Landesbediensteten telefonieren, um überhaupt gesicherte Informationen zu erhalten, die ich dann weitergeben konnte“, sagt Sander. Während dieser Phase ist der Wahlkampf in den Hintergrund gerückt. Auf Bundes- wie auch auf Landesebene entwickelte sich ein parteiübergreifender Schulterschluss, der auch zum Vorbild für alle Ebenen der Politik wurde. „Anfangs trugen alle Fraktionen alles mit, und das Geschäft wurde in den Hintergrund gerückt, kaum war der Termin für die erste Gemeinderatssitzung Mitte Mai fixiert, hat sich die Politik jedoch bewegt“, sagt Sander.

Steiermark-Wahlen in Corona-Zeiten



Foto: APA / Erwin Scherlau

Die FPÖ, die derzeit in der Steiermark einen Bürgermeister stellt, schielt auf die Trendumkehr in Kindberg. Die Landespartei hat demnach bereits als Ziel ausgegeben, die Stadt an der Mürz mit einem blauen Ortschef zu besetzen. In der ersten Gemeinderatsitzung im Kindberger Veranstal-

tungshaus nach dem Auftauchen des „großen Unbekannten“, wie Sander die Pandemie zu Beginn nannte, zeigte sich vonseiten der FPÖ große Skepsis gegen die Maßnahmen – Alternativvorschläge brachte die Oppositionspartei jedoch keine ein.

„Nach zwischenzeitlichem staatstragendem Intermezzo findet sich die FPÖ auf allen Ebenen mittlerweile in ihrer gewohnten Rolle als typisch populistische Protestpartei wieder, als diese vertrat sie früher die sogenannten Globalisierungsverlierer und vertritt nun die vermeintlichen Corona-Verlierer“, erklärt die Politikwissenschaftlerin Unger. Der Gewinner der Gemeinderatswahl

sieht sich, egal welcher Partei er angehört, aber einem Problem gegenübergestellt. Durch die Corona-Pandemie wird Kindberg mit Abschluss des Jahres mit 2,2 Millionen Euro verschuldet sein. „Uns fehlen die Einnahmen durch die Kommunalsteuern, und auch die Hilfsprojekte wie etwa die Erstellung eines Online-Stores für unser inklusives Geschäft haben was gekostet“, meint Sander.

Finanzieller Einbruch

Während der Heimatbezirk von Bürgermeister Sander 50 Corona-Fälle vorwies, hatte der Bezirk Hartberg-Fürstenfeld mit nahezu gleicher Einwohnerzahl sechsmal so viele Infizierte zu beklagen. „Es war eine Verkettung unglücklicher Zufälle, wie Infektionen in unserem großen Krankenhaus und unserem Pflegeheim, die uns hohe Zahlen und große Herausforderungen einbrachten“, sagt Hartbergs Bürgermeister Marcus Martschitsch von der ÖVP. Finanziell erwartet man auch in der Südoststeiermark einen Einbruch. Am Ende des Jahres werden hier mehrere Hunderttausend Euro in der Gemeindekasse fehlen. Erneut ist Martschitsch gefordert. Schon bei seiner Amtsübernahme vor fünf Jahren klaffte ein 4,8 Millionen großes Loch im Gemeindebudget. Durch rigorose Sparmaßnahmen und die Fokussierung auf „das Notwendigste“ gelang es, eine Trendumkehr hin zu einem Plus von einer Million zu führen. Corona wird jedoch diese positive Entwicklung in der 6000 Einwohner zählenden Bezirkshauptstadt stop-

pen. Verantwortlich für die hohe Verschuldung der Gemeinden ist dabei das Ausbleiben der kommunalertragssteuern und Ertragsabgaben. Geplante Prestigeprojekte wie eine neue Autobahnauffahrt für Hartberg bleiben folglich auf der Strecke. Ein Umstand, der auch in Hartberg die zuvor kooperationsbereite Opposition auf den Plan rief. Über alle Parteigrenzen hinweg wurde anfangs noch in einem digitalen Gemeinderat die Hilfe für die Bevölkerung beschlossen. Mitglieder aller Fraktionen waren folglich im März und im April unterwegs, um Essen und Medikamente auszuliefern. „Mit zunehmenden Lockerungen merkt man auch, dass der Wahlkampf wieder aufwacht – der Druck erhöht sich, und die Fraktionen werden offensiver“, meint Martschitsch.

Insgesamt treten in den 287 steirischen Gemeinden 65 Listen von Grünen, KPÖ und Neos zum allerersten Mal an. Der Kommunikationswissenschaftler Heinz Wassermann sieht dabei jedoch ähnlich wie Hedwig Unger die etablierten Parteien im Vorteil. „Auch wenn der Wahlkampf langsam startet, wird es vor allem für Erstkandidaturen sehr schwierig, ein gutes Ergebnis einzufahren, sie hätten eine aktive Auseinandersetzung gebraucht“, sagt Wassermann.

Wegweisender Stimmungstest

Generell scheint der Gemeinderatswahlkampf nicht nur von örtlichen Präferenzen abhängig zu sein. Hedwig Unger vermutet demnach, dass die Bundespolitik ihren Einfluss auf die Mikropolitik haben könnte. „Da die Gemeinderatswahl der erste Urnengang nach oder in der Corona-Zeit ist, spielen auch größere Themen wie Sicherheit eine Rolle, die für gewöhnlich nicht Teil von Gemeinderatswahlen sind. Entscheidend für den Wahlausgang ist jedoch, inwieweit Bürger den Entscheidungsträgern die Macht zuordnen, tatsächlich etwas bewegen zu können.“

Wassermann sieht dabei die Vernetzung der steirischen Gemeindepolitik in höhere Ebenen als entscheidenden Faktor. „Gerade Politiker, die ohnedies eine gute Bindung zur Landesspitze haben, können folglich mehr aufbegehren und Kapital aus der aktuellen Lage schlagen“, sagt der Wissenschaftler. Der erste Urnengang steht in der Steiermark also kurz bevor. Die Maßnahmen der Bundesregierung haben merkbar ihre Wellen bis in die Kommunalpolitik geschlagen. Abseits der typischen Gemeindefragen wie Straßenbau oder Wohnrecht wird die Gemeinderatswahl in der Steiermark nun zu einem Stimmungstest für die Bundespolitik.

„Politiker mit guter Bindung zur Landesspitze könnten Kapital aus der aktuellen Lage schlagen.“

(Heinz Wassermann)“

KLARTEXT

Grassierende Asozialität

Krisen machen Verhältnisse kenntlich. Dies gilt auch für die Beschaffenheit eines Kollektivbewusstseins, für Kohäsion und Solidarität in einer Gesellschaft. Am Beginn der Coronakrise schien die Sachlage vielversprechend: Einkaufen für die Nachbarn, Musik auf dem Balkon, interaktive Sorgsamkeit. Nach ein paar Wochen wurde die auf Distanz gelebte Solidarität freilich unbequem, langweilig und frustrierend. Die Phase der ersten Lockerungen wurde für das eigene Verhalten so zu recht interpretiert, als wäre „alte“ Normalität eingekehrt. Eigentlich war nix. Und es ist nix. Und es wird nix sein. Man kann wieder. Es ist das Paradoxon des Erfolges: Logarithmische Kurven gibt es gar nicht.

Im Rückblick stehen verhinderte Militärlastwagen gegen die aktuelle Arbeitslosenstatistik. Vermiedene Massengräber gegen gefährdete Einkaufsstätten. Die Wirklichkeit ist stärker als die Möglichkeit. Man hat „Anrecht“ auf Normalität. Das weiß bloß das Virus nicht. Aber bei einer

festen Normalitätseinbildung kann man auch die mühsam gewordene Solidarität suspendieren.

Masken sind ein Indikator: Sie schützen ja weniger jenen, der sich gegenüber dem Virus mutig (also kindisch) auf die Brust hämmert, sondern vor allem die anderen. Maskenverweigerung ist deshalb nicht die ignorante Botschaft: Mir kann nichts geschehen, ich will „tun“ können. Es ist vielmehr die asoziale Botschaft: Mir sind die anderen wurscht. Meine Freiheiten, und vor allem die mickrigen Endlich-wieder-einkaufen-Freiheiten, ohne Lästigkeiten und Behinderungen, stehen voran.

Was wir erleben, ist ein hoher Asozialitätspegel. Die Träume von einer bleibenden Solidaritätserfahrung verräumen wir lieber schnell wieder.

Der Autor ist Professor für Soziologie an der Universität Graz.



Von Manfred Prisching